

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-67260](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-67260)

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Erscheint wöchentlich drei Mal — Dienstags, Donnerstags und Sonnabends — in 1/2 Bogen groß Quart-Format. Der Vorausbezahlungspreis beträgt für das Quartal 48 Grotten. — Unwärtige Bestellungen übernehmen alle Postexpeditionen; hiesige die Redaction und die Buchdruckerei von H. Kleffer, Haarenstraße 44. Anzeigen werden die Beste oder deren Raum mit 1 Grotten bezahlt.

IX. Jahrgang.

Donnerstag, den 11. November 1852.

N^o 133.

Deutschland.

Bremen, 7. Nov. Ueber die fünf ehemals schleswig-holsteinischen Officiere, welche in das bremische Contingent aufgenommen worden, theilt der „G. v. d. W.“ Folgendes mit: Von diesen fünf ist einer Bremer, zwei sind Oldenburger und zwei Schleswig-Holsteiner. Rittermeister v. Horn (1841 Officier), im ehemaligen schleswig-holsteinischen 2. Dragonerregimente, trat im Frühjahr des Jahres 1850 aus bremischen in schleswig-holsteinische Dienste, machte den Feldzug 50/51 mit, diente noch bis zum November 1851 in dem holsteinischen Contingente und übernahm dann in diesem Jahre die Generaladjutantur bei der hiesigen Bürgerwehr. Hauptmann v. Hennings im 1. schleswig-holsteinischen Jägercorps, seit 1847 in dänischen Diensten, 1848 in schleswig-holsteinischen, soll sich in der Schlacht bei Rolding am rechten Flügel ausgezeichnet haben; Premierlieutenant Heye, seit 1844 Officier im 1. oldenburgischen Regimente, machte mit diesem den Feldzug 1848 mit und trat in Folge des Aufstufs nach der Schlacht bei Adstedt in die Reihen der schleswig-holsteinischen Armee. Alle drei sind als Premierlieutenant hier angestellt und hinter den Premierlieutenant v. Soubiron und Nachtigal einrangirt worden. — Lieutenant v. Krogh diente im schleswig-holsteinischen zweiten Dragonerregimente als Abantager und wurde nach dem Feldzuge 1849 ebenfalls Lieutenant Wardenburg, bei den Jägern im Jahre 1850 Officier.

Hannover, 8. November. Die königliche Familie wird am 16. November das neueregerichtete Palais an der Friedrichstraße beziehen und am 18. eine Reise nach Oldenburg antreten. — Am Sonnabend kam der König von Sachsen (der vor einigen Tagen über Berlin nach Schwerin zu einem Tauffeste gerast war) von Hamburg mit dem letzten Bahnzuge hier an und stieg im königl. Residenzschlosse ab, wo ihn der König bewillkommte. Gestern früh besuchte der König die katholische Kirche und reiste gestern Abend nach Dresden zurück. Es wird nicht fehlen, daß auch an diesen Besuch weitgreifende Vermuthungen in Verroß der Zollangelegenheit u. s. w. geknüpft werden. Wie wir hören, hat sich aber keine Gelegenheit gefunden, den Gegenstand nur einmal zu erwähnen. — Das Gerücht, sagt der „G. v. d. W.“ die kleineren Contingente der Bundesarmee in einer deutschen Bundesfestung zu concentriren und als Besatzung zu behalten, soll, einer Privatnachricht zufolge, beim Bundestage wieder in Aufnahme genommen werden.

Demnach sollen die Bataillone der Hansestädte, dem 10. Armee-corps zugehörig, besonders zugezogen werden. Als künftiger Garnisonsort wird „Mainz“ genannt. Wir hätten dann doch noch die Aussicht, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung im Norden etwas Bundesruppen zu erhalten. Unsere Meinung wäre es — lieber nicht.

Braunschweig, 6. Novbr. Auf Befehl des Herzogs wird auch von hier aus eine Deputation, bestehend aus dem Commandeur der herzoglichen Brigade General-Major von Erichsen und dem Flügel-Adjutanten Sr. Hoheit Oberst Hauje zur Theilnahme an der Begräbnißfeier des verewigten Feldmarschalls Herzogs von Wellington nach London abgehen.

Berlin, 6. November. Die Verhandlungen über die Zollfrage dauern im Ministerium noch fort; heute sind abermals die beteiligten Minister zu einer Beratung zusammengetreten. Dieselben beziehen sich jedenfalls nur auf die Eventualität, daß der Zollverein auseinander fällt, da bis jetzt den Coalitionsstaaten und Oesterreich der Weg der Verständigung noch nicht abgeschnitten ist. Preußen bekümmert durch jene Verhandlungen, daß es seinerseits die Möglichkeit des Zerfalls des Zollvereins mit der notwendigen Schärfe aufsaßt; es wird durch den Eintritt desselben nicht übercrascht werden.

In der Verbrechertwelt treten von Zeit zu Zeit einzelne Erscheinungen verbrecherischer Natur förmlich epidemisch auf. Es giebt Zeiten, wo der Taschendiebstahl, wo besondere Formen des Einbruchs oder der Fälschung förmlich grassiren, eben so wie zuweilen besondere Arten des Selbstmords besonders beliebt werden. Wir erinnern hier nur an die Manie, den Selbstmord auf den Schienen der Eisenbahnen auszuführen, welche längere Zeit in einer wahrhaft furchtbaren Weise sich geltend machte. So herrscht jetzt unter den Verbrechern eine eigenthümliche Neigung, bei ihrer Ergreifung ihre persönlichen Verhältnisse zu verbergen, und es liegen bereits eine erhebliche Anzahl von Fällen vor, wo Individuen mit der größten Hartnäckigkeit sich falsche Namen geben und augenscheinlich die fabelhaftesten Angaben über ihren Lebenslauf machen. Im hiesigen Arbeitshause werden schon seit Monaten zwei solcher Subjecte aufbewahrt, bei denen es trotz der größten Bemühungen nicht gelingen will, ihre wahre Herkunft zu entdecken. In der Regel sind diese Personen vielfach bestrafte Verbrecher, welche, wenn ihre früheren Verurtheilungen ermittelt werden, im Rückfalle sehr hohe Strafen zu erwarten haben. Nachdem das

bekannt Individuum, von welchem unter dem Namen des Carriers vielfach in den Zeitungen berichtet worden ist, diese Bahn siegreich eröffnet hat, findet er täglich neue Nachfolger. Jetzt ist hier wieder ein solcher Mensch aufgegriffen, der mit der größten Hartnäckigkeit sich in ein undurchdringliches Dunkel hüllt, indem er nicht weiß, wo er geboren ist, wo er erzogen ist, wer seine Eltern sind, wo er gewohnt hat u. s. w.

Frankfurt, 6. November. Das Wahl-Collegium der 75r trat gestern zusammen und erwählte 45 Gothaer zu Mitgliedern der neuen gesetzgebenden Versammlung. Die Einzelnen wurden mit der compacten Majorität von 75 Stimmen gewählt. — Heute Morgen 11 Uhr erlag der k. k. österreichische Hofrath Baron Noll von Nellenburg einem Nervenschlage. Baron Noll zählte unter den ausgezeichneten Beamten des Kaiserstaats und nahm vor und nach Metternich an den öffentlichen Geschäften den thätigsten Antheil. Er hat ein Alter von 56 Jahren erreicht.

Oesterreich.
Wien, 6. Novbr. Das Justizministerium hat die Wahl eines Israeliten zum Merkantilbesitzer in Wechselstreitigkeiten bei dem Temescher Landesgerichte aus Rücksicht des Religionsbekenntnisses (!) nicht genehmigt. — Vorgestern ward die dritte Sitzung der Zollconferenz abgehalten. — Es wird mit Bestimmtheit versichert, daß die Residenz mit Befestigungswerken nach Art der Linzer Thürme versehen werden soll. Die Punkte sollen bereits ausgemittelt und den angrenzenden Grundbesitzern, wo die strategischen Rücksichten es fordern, keine Erlaubniß zu Neubauten erteilt werden.

Frankreich.
Paris, 8. Nov., Morg. Gestern wurde folgendes Senatsconsult votirt: „Die Nation will die Wiederherstellung des Kaiserthums in der Person Louis Napoleons, erblich in directer, legitimer oder adoptirter Descendenz, und giebt ihm das Recht, die Thronfolge in der Familie Bonaparte festzusetzen.“ Auch wurde einstimmig der Vorschlag angenommen, wieder eine Primair-Versammlung zum 21. Nov. und den gesetzgebenden Körper zum 25. Nov. einzuberufen. — Bereits am 7. überbrachte der Senat dem Prinzpräsidenten das Senatsconsult nach St. Cloud. Der Vicepräsident de Mesnard hielt dabei eine Anrede an den Prinzen, der ihm eine längere Antwort gab. Letztere ist ihrem Wortlaut nach noch nicht bekannt, soll aber

sehr friedlich lauten und den Eindruck, den etwa die kriegerisch anklingende Botschaft an den Senat gemacht hat, wieder verflüchten.

Paris, Montag, 8. November (Nachmittags). Der Senat hat sich heute in feierlicher Procession nach dem Schlosse St. Cloud begeben, um Sr. kaiserlichen Hoheit das Senatsconsult über die Herstellung des Kaiserthums zu überbringen. — Der Senat verließ das Palais Luxemburg um 1 1/2 Uhr und traf um 3 Uhr in St. Cloud ein. Ein starkes Corps Garde républicaine in großer Linienform von einem Capitän befehligt, ritt vor und hinter dem Zuge der Kutschen. (W. 3.)

Endlich will man die Antwort des Papstes auf die vorläufige Anfrage kennen.

Er soll eingewandt haben, das Napoleon I. als Gründer einer neuen Dynastie und einer neuen Ordnung der Dinge ausnahmsweise die Weihe des Papstes habe fordern können; daß dagegen der Neffe mit Annahme des Titels Napoleon III. zu erkennen gebe, daß er jene Ordnung nur fortsetze, daher die abermalige Mitwirkung des Papstes nicht verlangen könne, ohne alle katholischen Souveräne Europas zu gleicher Forderung zu berechtigen.

Großbritannien.

London, 6. Novbr. Der „Globe“ hört von wohlunterrichteter Seite, daß die Proclamation des französischen Kaiserreichs am 20. December stattfinden werde.

Wellington's Leichenbegängniß wird, wie es jetzt heißt, am 18. stattfinden. Nach der United Service Gazette wird von jedem Cavallerieregiment im Dienst eine Schwadron, von jedem Infanterieregiment eine Compagnie zugehen sein. Von dem Plan, den Trauersaal im Invalidenhaus von Chelsea mit allen Fahnen zu schmücken, die der Herzog in den verschiedenen Schlachten erobert, ist man aus Rücksicht auf die fremden Gäste zurückgekommen.

Rußland.

Warschau, 4. Novbr. Der Chef vom Stab der activen Armee und Kriegsgouverneur von Warschau, Fürst Gortschakoff, hat sich auf Befehl des Kaisers zur Begräbnissfeier des Herzogs v. Wellington nach London begeben.

Die Gesamtannahme des revidirten Verfassungsentwurfes.

(Fortsetzung.) Wir müssen unsere Leser bitten, uns noch einen Schritt weiter zu begleiten, zu der Betrachtung des Berichtes über das allgemeine Wahlrecht. Bekanntlich hat der vorige Landtag die Grundlagen desselben, welche in den Art. 133 und folgenden des alten Staatsgrundgesetzes enthalten waren, beseitigt, und der Bericht erzählt uns nicht ohne recht deutlich in die Augen springendes Selbstbehagen, daß der vorige Landtag mit anerkennenswerther Discretion verfahren sei, indem er in dieser Hinsicht das Nähere, dem gegenwärtigen Landtage vorbehalten hat, was er nur dadurch bewirken konnte, daß er möglichst wenige Detailbestimmungen zum Staatsgrundgesetz vortrug. In Bescheidenheit war bekanntlich nicht die Tugend des vorigen Landtages, welcher ohne Gramen und Schänen aus dem Staatsgrundgesetz so ziemlich Alles wegrevidirte, wodurch ein Landtag nur reinigermassen Character und Selbstständigkeit sich zu erhalten vermag. Wir müssen daher um Entschuldigung bitten, wenn wir wagen, in die Discretion des vorigen Landtages einige bescheidene Zweifel zu setzen, vielmehr die unmaßgebliche Meinung zu äußern, daß in der Hinsicht die kleine aber mächtige Partei, welche den vorigen Landtag regierte, sich von einer ganz andern, etwa der folgenden Argumentation habe leiten lassen können. Das allgemeine Stimmrecht muß fort, da hilft kein Beten; aber es ist ein thörichtes Ding, die Beschränkungen desselben schon jetzt einzutreten und den Wählern sichtbar werden zu lassen. Dieser jener ehrliche und geschickte Handwerker, welcher vielleicht nur 5 Rthlr Steuer zahlt und jetzt mit gleichen Rechte als der Reichste in die Wahlurne greift, könnte doch ein verträgliches Gesicht schneiden, wenn er sich so auf einmal Staatsgrundgesetzlich in 2 oder 3 Rangklassen geordnet sähe. Dies könnte doch Schaden thun, und vielleicht einen am so unersetzlichen, da wir nehmlich auf dem nächsten Landtage zur Rettung des Vaterlandes in Korpore wieder erscheinen müssen. Daher besser, wir lassen diesmal noch nach dem alten Wahlgesetze wählen und lassen das Volk einweilen in Gängen und bängen in schwebender Pein.

Doch vielleicht sind das nur phantastische Grillen. Wir wenden uns lieber zu Thatsachen und können nicht umhin, eine der sprechendsten Stellen im ganzen Berichte hierher zu setzen, welche wörtlich lautet: „Wer nur allenfalls mit einiger durch Lebensalter und Gesundheit bedingten Beschränkung das allgemeine Stimmrecht als ein ursprüngliches Menschenrecht proclamirt, braucht wenig Umsicht bei der Feststellung der Grundzüge der Wahlordnung. Wer aber nur durch die Rücksicht auf das Beste der Gesamtheit bestimmt wissen will, wer Träger des Rechts und Inhaber des Berufs, die Volkrepräsentanten zu ernennen, sein soll, der wird sich nach den Elementen der zu vertretenden Bevölkerung umsehen müssen und Bedenken tragen, durch rhapsodisch hingestellte feste Sätze vielleicht ein richtiges System unmöglich zu machen.“

Diese Sprache kann nicht mißverstanden werden, wie künstlich sie auch sich windet und dreht. Wie mit leichtem Hohne gleitet sie über das allgemeine Stimmrecht weg, straft mit einem flüchtigen Blicke der Verachtung den (von der Demokratie) rhapsodisch festgesetzten Satz, daß das allgemeine Stimmrecht ein ursprüngliches Menschenrecht sei, forscht dann mit Rücksicht auf das Beste der Gesamtheit nach den verschiedenen Elementen der Bevölkerung, um sie in Klassen zu theilen, das heißt, um die einen voll zärtlicher Liebe in die Arme zu drücken, und die anderen lieblos von sich zu stoßen; kurz, um den Landtag auf die Segnungen eines Klassenwahlgesetzes vorzubereiten. Eine Paraphrase jener Stelle, oder eine Entkleidung derselben von ihrer Verhüllung, wird am ersten ausgedrückt, was uns in Wahrheit darin enthalten scheint: „Wer das allgemeine Stimmrecht als ein ursprüngliches Menschenrecht nicht achtet und anerkennt, wer dasselbe nur rhapsodisch hingestellte feste Sätze nennt, wer bei Feststellung der Wahlordnung nicht durch die Rücksicht auf das Recht der Gesamtheit, sondern durch die Rücksicht auf die Interessen und das Beste Einzelner und einzelner Klassen der Gesellschaft sich leiten läßt, wer nicht will, daß die Gesamtbevölkerung sich der Wahlgesetze vorzubereiten, sondern daß nur gewisse Elemente daraus verreten werden, die müß mit Nothwendigkeit zu einem Wahlgesetze gelangen, das die Fähigkeit zum Wählen nach Glücksgütern schätzen und abmessen, die geringe Schätzung der bürgerlichen Gesellschaft, die geringe Schätzung der Menschheit zur Grundlage hat. Der wird sich ohne Mühe das preussische Dreiklassenwahlgesetz aneignen können, das den Zweck einer kleinen aber mächtigen Partei vortrefflich dient, von dem aber das preussische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit mit Widerwillen, ja mit Verachtung sich abwendet.“

Wir lesen hier im Berichte, daß der Staatshaushalt Gegenstand dieses Rechts sei, dasselbe mithin nur (?) durch staatsökonomische Erwägungen, durch Rücksichten auf den Staatshaushalt geleitet werden darf, natürlich weil ein politisches Recht ein zu gefährliches Spielzeug in der unverständigen Kinderhand des Landtages sein würde. Man könnte versucht werden zu glauben, daß es dem Ausschusse mehr um seinen Zweck und sein Ziel, als um eine überzeugende Begründung seiner Behauptungen zu thun ist; wie könnte er uns sonst solchen Unfug anstiften! Er weiß ohne Zweifel, daß selbst nach den Doctrinen der vormärzlichen Zeit das Steuerbewilligungsrecht den Kammern ohne Rücksicht verliehen werden soll, daß sie gerade dadurch ohne alle Beschränkung und Rücksicht zu prüfen und zu bestimmen haben sollen, zu welchen Zwecken die Gelder des Volkes verwendet werden, und daß sie durch dieses Recht die Macht erhalten sollen, die Politik der Minister in den gehörigen Schranken zu erhalten und in die dem Volke heilsamen Bahnen zu leiten, ohne welche Macht die Kammern nichts sind als ein ohnmächtiges Werkzeug der Minister. „Eine Negation des Staatshaushalts“, lesen wir weiter, „ist eine Negation des Staates selbst (ist das nicht ein wahrhaft großartiger Unfug?) und der Landtag, welcher davon Gebrauch machte, könnte es nicht verantworten, dadurch den Staat in den Zustand der Revolution zu versetzen“, natürlich, weil der Staat und die Minister Eins und dasselbe sind (l'état c'est moi) mithin die Entfernung eines Minister Entfremdung des Staates selbst, weil es unverantwortlich sein würde, dem Landtage ein Recht zu verleihen, wodurch der Staat, d. h. die Minister, in den Zustand der Revolution verunsichert, oder in irgend eine Gefahr gebracht werden könnten; und weil dem Landtage überhaupt nur Ein Recht dienlich ist: das Recht zu gehorchen und zu zahlen. Doch schon zu viele Worte über diese moderne Theorie der Staats- und Regierungskunst, eine Erfindung, in welcher die neuere

Staatsverwaltungs- und Völkerebegütungs-Maximen ihren großartigen Ausdruck finden und welche beweist, daß kein Unfug so groß ist, daß man ihn nicht dem blinden Unterthanenverstand zu verschlucken gäbe, wo es gilt, ihm die Zügelmaße des alten Unterthanengehorsams wieder über die Ohren zu ziehen. Und Ihr seht es! Dieser Unfug findet seine An- und Nachbeter unter denen am Meisten, die sich vorzugsweise den Namen der „Intelligenzen“ vindizieren. Schon zu viel über einen Bericht, welcher nur die eine Pflicht zu haben scheint, den Unterthanenverstand in seine geziemende Schranke zurückzuweisen und pflichtmäßige Sorge zu tragen, daß er bei jeder Raseweisheit seinen Nasensüßer erhält, bei jeder Ausbreitung gehörend auf die Finger geklopft werde.

An der Debatte beteiligten sich von der Ausschusspartei nur die Abgeordneten Becker und Rüder, dieser als Berichterstatter, nach seiner Weise nur hinter der Schürmmer des letzten Wortes; jener erst nach mehrfachen Provocationen der Opposition. Es wäre ein Freundschaftsdienst gewesen, wenn Rüder seinem Freunde Becker, welcher sichtlich hier und da in die Klemme geriet, durch einen Ausfall aus der Festung einmal zu Hilfe gekommen wäre. Doch wollen wir keinen Hader zwischen Freunden sein, vielmehr uns nur noch wegen einer Unterlassungssünde zu rechtfertigen suchen, daß wir nämlich nur die Rede des Abg. Becker mitgeteilt haben, nicht auch das Schlüsselwort des Berichterstatters Rüder. Ermüdet von der langen Debatte haben wir demselben die Aufmerksamkeit nicht mehr geschenkt, die es ohne Zweifel verdiente. Wir zogen daher vor, es lieber gar nicht mitzutheilen, als so verflümmelt, einstellt und wahrheitswidrig, wie die Oldenburgische Zeitung die Reden der Opposition wiederzugeben pflegt. Wir verwahrten uns nur dagegen, als hätten wir irgend dadurch beabsichtigt, diese Rede dem Publikum zu entziehen, verweisen vielmehr auf Nr. 174 der Oldenburg. Zeitung, wo sie der Leser in ihrer ganzen Herrlichkeit findet.

Im Einzelnen haben wir noch auf einige Eigenthümlichkeiten in der Debatte hinzuweisen. Als die Linke die Behauptung des Ausschussberichts: „daß die Staatsregierung mit allen moralischen Banden verpflichtet sei, für Festhaltung und Ausbau dieser neu gewonnenen Grundlage unserer staatlichen Ordnung nach allen Seiten hin thätig zu werden“ angriff und aus der Vergangenheit namentlich aus der Geschichte unserer Staatsgrundgesetze nachwies, daß die Staatsregierung mit denselben Banden verpflichtet gewesen für den Ausbau desselben nach allen Seiten hin thätig zu sein, daß sie aber diese Verpflichtung unerfüllt gelassen, daß also alle Gewähr fehle, die Staatsregierung werde jetzt diese moralische Verpflichtung mehr achten, eine Ausführung, welche nach unserer Auffassung sich streng an die Sache hielt, und ihre Behauptung durch Thatfachen, durch Erfahrung und Geschichte genügend nachwies, da hatte der Abg. Becker kein anderes Wort der Entgegnung, als er wolle sich auf die Gröberei solcher allgemeinen Verdrängungen, die nicht zur Sache gehören (?) nicht einlassen. So zieht man sich freilich sehr leicht aus der Affaire, und wodurch? daß man die Einlassung verweigert. Herr Becker scheint diese Taktik, welche wir für die schwächste aller Operationen halten, von seinem Freunde Rüder gelernt zu haben, welcher ebenfalls, sobald die Linke geradezu die Sache ergreift, Unrichtigkeiten, Falschheiten und Unwahrheiten, in den Darlegungen der Ausschussberichte und Reden der Rechten aus Erfahrung und Geschichte, Zeit, Vernunft und Natur nachweist, sich die Ohren zu verschließen und zu rufen pflegt: das sind allgemeine Phrasen, auf welche wir uns nicht einlassen können. (Schluß folgt.)

Ein Wort über Dänemarks Zukunft.

(An die Staatsmänner der dänischen Gesamtstaats-Politik und an die Diplomaten der Unterzeichner des Londoner Protokolls über die Chronologie in Kopenhagen.)

Ein Conjectural-Politiker in Nr. 2769 der Weser-Zeitung vom gestrigen Tage, welcher unter †† aus dem Oldenburgischen 29. Oct. berichtet, beschäftigt sich mit dem vom großherzoglichen Hause, als dem nach dem Verzicht des älteren (auf Rußlands Thron sitzenden) Zweiges und bei der Kinderlosigkeit des einzigen männlichen Sprosses des nächstfolgenden Zweiges, des Prinzen Gustav von Wasa (bis 1830 Prinzen von Schweden), nächstberechtigten dritten Zweige des Schleswig-Holstein'schen Hauses Holstein-Gottorp, bekanntlich in Anspruch genommenen Thronerfolge-Rechte auf die dänische Krone nach dem Abgange Friedrichs VII. und seines Oheims des Prinzen Ferdinand. — Er knüpft daran auch einige Bemerkungen über die Voreiligkeit der vom dänischen Finanzminister Grafen Spornack im Kopenhagener Volkstheingemachten Aeußerung über Oldenburgs Willfährigkeit, sich dem jetzt projectirten gesamtstaatlichen Zollver-

bande des Königreichs und der Herzogthümer für unser Fürstenthum Lübeck anzuschließen. Wenn er Letzteres als irrig bezeichnet, da wir überzeugt sind, unser Großherzog werde, vor der Sicherstellung seiner und seines Hauses Thronfolgerechte, als Fürst von Lübeck mit der jetzt in Kopenhagen herrschenden Gesamtstaats-Partei keinen Staatsvertrag abschließen, durch welchen das Fürstenthum unbedingt in die zärtliche Umarmung des dänischen Staats geliefert würde, so müssen wir doch bezweifeln, daß der Wes.-Zigs.-Correspondent †† in Beziehung auf den Stand der Thronfolge-Frage richtige Vermuthungen aufgestellt und die Verbündung einer zufälligen Anwesenheit des hier accreditirten russischen Gesandten damit zu begründen vermocht hat. Was diese vom Großherzog mit ungewöhnlicher Discretion behandelte Haus- und Familien-Angelegenheit betrifft, so ist darüber mit Sicherheit wenig mehr bekannt geworden, als was auch schon früher ziemlich allgemein verbreitet war, daß nämlich unserm am 8. Juli 1827 geborenen Erbgroßherzoge, dessen hohe Gemahlin in wenigen Wochen dem Lande vielleicht einen Erben schenken wird, vom Kaiser Nicolaus als dem Chef der älteren Holstein-Gottorp'schen Linie die Thronfolge des Scandinavischen Reichs unter gewissen Bedingungen angeboten war, ehe Rußland seine Augen auf den Prinzen Christian warf. Oben so bekannt ist es aber auch, daß der Oldenburgische Thronfolger die Krone aus der Hand des Caesars anzunehmen ablehnte und seine Gründe dafür in einem nicht weiter bekannt gewordenen ausführlichen Memoire, welches er selbst ausgearbeitet hat, damals entwickelte. Daß diese Staatschrift ihm die Ungnade des kaiserlichen Betreters zuzog, weil die darin ausgesprochenen freimüthigen Ideen ebensovienig, als der Hauptgrund der Ablehnung, daß nämlich unser Großherzog sich auch ohne die Genehmigung der Mächte, welche das Londoner Protokoll unterzeichnet haben, für den rechtmäßigen Nachfolger auf dem dänischen Throne hält, den Beifall der Staatsmänner an der Rewa und am Sund zu gewinnen vermochten, darf gleichfalls als ziemlich allgemein verbreitet bezeichnet werden. — Nicht so bekannt dürfte es aber sein, daß nach der Ansicht vieler der eblsten und tüchtigsten Dänen und Schleswig-Holsteiner gerade die Personlichkeit Sr. königl. H. des Erbgroßherzogs am besten geeignet erscheint, um die widerstrebenden Elemente des Königreichs und der Herzogthümer in verführender Weise unter einem Scepter zu vereinigen. Das ruhige verständige Temperament dieses Fürsten, seine hohe sittliche Bildung, seine hohe Erbschaft seiner Ahnen, scheint wirklich diese Ansicht zu bestärken. Wird er auch kein Genie auf dem Throne werden, was oft kein großes Glück für die regierten Völker ist, so kann ihm doch Niemand einen hohen Grad von Takt und Menschenkenntniß abprechen, die in der Regel mehr werth sind, als das rasche aufblühende Flackerfeuer glänzender, personlicher, geistiger Begabung, mit der leider manchmal nur zu große Aufregung und Lieberregung Hand in Hand gehen.

So ungern wir auch den Prinzen missen möchten, so können wir doch, daß Dänemarks Schicksal und das des Hauses Holstein-Gottorp, wenn König Friedrich VII. nur handhaft den auswärtigen und inneren Einflüssen, die ihn zur vorzeitigen Thronentsagung zu bewegen suchen, Widerstand leisten wird, noch in hoffnungsvoller Zukunft unwiderrüchlich mit einander verbunden bleiben werde. — Trösten wir uns dann durch eine für das Großherzogthum Oldenburg (nach Austausch des zu Holstein gehörenden Fürstenthums Lübeck gegen eine Entschädigung durch Land und Leute, sowie des Fürstenthums Birkenfeld in gleicher Weise) zu errichtende Sekundogenitur, welche den am 23. Januar 1844 geborenen Sohn des jetzigen Großherzogs und dessen dritter Gemahlin, der Prinzessin Caecilie von Schweden, den Herzog Klimar, auf Oldenburgs Thron bringen wird, vielleicht noch unter Vormundschaft und Regenschaft seiner am 8. Juni 1820 geborenen Halbschwester, unserer allgemein beliebten Herzogin Friederike, der Vollschwester der Königin Amalie von Griechenland, welche beide die einzigen hinterlassenen Kinder der zu früh verstorbenen ersten Gemahlin des Großherzogs, der Prinzessin Adelheid von Anhalt-Bernburg-Schaumburg sind. —

Doch die Zeit bringt Rosen; der Schleier wird sich sobald nicht lüften, der das diplomatische Dunkel der, wie es scheint, noch ob-schwebenden Unterhandlungen über Dänemarks Zukunft verhüllt. Nur schade, daß oft ein großes Ereigniß die feinsten und scheinbar fest verknüpften Fäden staatsmännlicher Theorie und Regierungsweisheit wie Spinnengewebe zerreißt, wenn der große Tag der Abrechnung — und kommen muß er bald — erscheinen und der erstarrten Welt neue wunderähnliche Ereignisse, die unausbleiblichen, geschichtlich notwendigen Folgen der jetzt blühenden staatsklugen (?) Reactionen-Klitterei man verzeihe diesen vulgären Ausdruck —, vorführen wird.

1852. October 31.

Der Bote aus dem Rabethal

und die Erziehungsanstalt zu Niederwöresbach. Der Pfarrer Koch, bekannt durch die von ihm gegründete Erziehungsanstalt zu Niederwöresbach im Fürstenthum Wirkenfeld, hat auf das Jahr 1853 einen „christlichen“ Volkskalender herausgegeben, in welchem, wie der Verf. sich ausdrückt, „absonderlich das Wort Gottes hineinverflochten ist.“ — Außer der Angabe der Tage des Jahres und der Jahrmärkte findet sich in dem Kalender auch nicht das unbedeutendste Hissförschen, keine Nachricht über die Finsternisse, die Jahreszeiten u. d. ohne das Wort Gottes, nicht zu gedenken der Bibel-sprüche, welche außerdem selbstständig dastehen.

Allgemein gesprochen ist es nun jedenfalls inconsequent von dem Verfasser überhaupt einen solchen Kalender herauszugeben, — er hätte entweder sagen müssen „beter ohne Unterlaß“ oder: „wenn ihr lesen wollt, so leset die Bibel“; — so scheint es als wenn der Verfasser bescheidener (?) Weise seine Worte und Redensarten noch über das Wort Gottes stellen wollte. — Was nun das Einzelne anbetrifft, so läßt Auswahl und Behandlung selbst vom Standpunkt des Verf. aus, ungemein viel zu wünschen übrig. Wer möchte z. B. die Aufnahme des Spruches Psalm 127. 2 gut heißen? „Es ist umsonst, daß ihr frühe aufstehet und hernach lange fihet und ehet euer Brod mit Sorgen; denn seinen Freunden giebt ers schlafend.“ Eben so „absonderlich“ ist die Art wie das Wort Gottes in die einzelnen Geschichten verflochten ist. Z. B. Als der Prinz von Wales eines Tages nicht lernen will, wird sein Vater Prinz Albert herbeigeholt. „Der kam, brachte die Bibel und las ihm vor.“ „So lange der Erbe ein Kind ist, ist er unter Vormündern und Pflegern.“ (Gal. 4. 1—2) Dann gab er dem Prinzen von Wales eine Lektion mit der Ruthe. — Der Leser bleibt hier doch mindestens mit sich in Zwiefpalt, was das Wirk-samere war, der Bibelspruch oder die Ruthe? oder müssen die Bibelsprüche stets mit der Ruthe eingebläuet werden? — In einem Aufsatz über „die Londoner Industrie-Ausstellung“ heißt es: „das großartigste Werk dabei war . . . das heilige Bibelbuch, in 148 Sprachen gedruckt.“ Hierauf wird etwas auf die Franzosen geschimpft, dann folgt die Notiz, daß allen Chinesen, welche die Ausstellung besuchten, das Evangelium Lucas gratis mit in ihre Heimath gegeben wurde u. d. über die Ausstellung erfährt man sonst gar Nichts. — Eine andere Geschichte „Hülfe in der Noth“ stellt die Thatfache, daß ein armes Kind einen Thaler findet, so hin, als wenn Gott dies recht gefälligst so veranfalet habe. Wer kann sich da der nahelegenden Frage enthalten: warum läßt Gott wohl die armen Leute nicht häufiger Geld finden? — Vom alten Fritz wird erzählt, wie Schmettau ihm eines Tages betheuert: „Ich glaube an die göttliche Erlösung von allen meinen Sünden u. d.“ und wie der König antwortet: „Schmettau, er ist ein glücklicher Mann. Von Napoleon weiß der Verfasser, daß er auf St. Helena zu Bertrand gefagt habe: „Glauben Sie nicht, General, daß Christus Gottes Sohn

ist, so hätte ich groß Unrecht gehabt, Sie zum General zu machen.“ Ferner, als Verzelius das wichtige chemische Gesez entdeckte, daß die meisten Stoffe stets nur Verbindungen in bestimmten, durch die einfachen Zahlen 1. 3. 4. 8 u. s. w. ausgedrückten Mengen eingehen, — sagt ihm ein schwedischer Bischof: „das wußte ich längst aus der Bibel, es heißt ja, Buch der Weisheit 11. 22 „Gott Du hast alles geordnet mit Maß, Zahl und Gewicht.“ — In einem Artikel über „Auswanderung“ wird als einziger practischer Fingerzeig den Auswanderern der Rath gegeben, „die Bibel und andere gute Bücher mitzunehmen.“ Kein Wort über den Weg, ob Havre Bremen oder Rotterdam, kein Wort über das Ziel, ob Iowa, Wisconsin, Michigan? — Brasilien oder Texas?! — Doch genug der Citate!

Bei diesem gänzlichen Mangel an Rath und Belehrung, an Anregung zum Lernen und Forschen, ja selbst an Unterhaltung, bei dieser durchweg unpraktischen Richtung und demüthigen (?) Beschränkung auf Gebet und Frömmelci, ist es dann kein Wunder, wenn Koch in den gedruckten Nachrichten über die Erziehungs-Anstalt zu Niederwöresbach von Juli 1841 bis Mai 1852 selbst Seite 4 gesteht: „Nachdem die Anstalt nun 6 1/2 Jahr besteht . . . was wollte ich lieber, als daß wir das Haus wieder abbrechen, oder doch das Werk, das wir darin treiben, wieder aufgeben könnten.“ Und weiter Seite 7. „Dazu kam eine trübe Nachricht über die andere, besonders über unbefriedigende Zustände mehrer der entlassenen in Dienst untergebrachten Kinder, bei deren einem die Sünden des Troges und verlegten Hochmuthes sich dahin steigerten, daß es sich in der Saar erkrankte. Auch die Entwicklung der Kinder in der Anstalt wollte mehrfaß nicht ge-deihen.“ Wenn man nun sieht, daß diese Richtung, da wo sie es ehrlich meint, mindestens den Blick vom practischen Leben ab und zum unproduktiven Beten hinleukt und anstatt die zum materiellen Wohl-ergehen sowohl, als zur geistigen Fortbildung heut zu Tage erforderliche energischste Thätigkeit zu wecken, — dazu verleitet, die Hände (wenn auch gefaltet) in den Schooß zu legen, — so mag man wohl die ernste Frage aufwerfen: wo selb endlich diese vererbliche Richtung ihr Gegen-gewicht finden?!

Können unsere „orthodoxen“ Geistlichen, die es täglich aus-sprechen: „Kein Heil, außer in Jesum Christum,“ — denjenigen mit Erfolg in den Weg treten, die hiemit Ernst machen und wirklich alles Andere für Nebensache und das irdische Leben überhaupt für eine Last halten? — Ja werden sie ihnen überhaupt je entgegen treten? Wie lange wird der Staat noch müßig zusehen, bis er . . . nicht polizeilich einschreitet, bewahre! . . . nur die freien Gemeinden als nothwendiges Bollwerk gegen Diritisten und Jesuiten unangefochten läßt, die freie Bewegung auf kirchlichem Gebiet nicht zu hemmen sucht und auch solche Männer nicht scheel ansieht, die durch ernstes Forschen zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß nicht ein Gott, sondern die Menschen allein in den Grenzen der Natur, die Geschichte der Menschheit wie der Einzelnen leiten und entscheiden.

Redacteur: Wilhelm Galberia.

Reise-Gelegenheit.



Omnibus-Fahrt.

Abfahrt von Oldenburg

täglich von den bekannten Gasthöfen:

- Nach Leer, Aurich, Emden und Holland: Abends 9 Uhr.
- Vechta, Damme, Cloppenburg, Quakenbrück, Osnabrück: Abends 9 Uhr.
- Varel und Jever: Morgens 7 1/2 Uhr, Mittags 12 1/2 Uhr, Nachm. 5 Uhr.
- Bremen: Morgens 5 1/2 und Nachmittags 4 Uhr.
- Von Bremen: Morgens 10 und Nachmittags 3 Uhr.
- Brake: Morgens 8 und Nachmittags 3 Uhr.
- Von Brake: Morgens 8 und Nachmittags 3 Uhr.



Weser-Hunte-Dampfschiffahrt.

Die Schiffe der Gesellschaft fahren bis auf Weiteres täglich:

- Von Oldenburg nach Bremen und Bremerhaven 7 Uhr Morgens.
- Bremen nach Oldenburg und Bremerhaven 7 1/2 Uhr Morgens.
- Bremerhaven nach Oldenburg und Bremen 7 Uhr Morgens.

C. Koeniger.

Oldenburger Marktpreise.

10. November.		Markt	Gebot.
		Gröte	Courant.
Woden, Sant.	pr. Schl.	55	56
Weizen, Weser.		66-72	
Gerste, niedel. Winters.		42-44	
„ Sommer.		38	
Hafer, Futter.		26	26-30
Euchweizen		40	40-44
Kartoffeln		15	
Erbsen	1 d. Kamme	5	
Bohnen, Gartens.		5	8
„ gelb.		5	5
Butter, das P.		14	
Schinken		14	
Eier		—	
Cir.	das Dub.	9	

Wechsel- und Effecten-Course.

Bremen, 9. November.		9. Novbr.	
Hamburg	1. S.	137 1/8	—
„	2 Mt.	136	—
Amsterdam	1. S.	—	125 1/2
„	2 Mt.	—	127 3/8
Londen	1. S.	—	611
„	2 Mt.	—	608
Bremer Staatspap.	4 1/2 %	—	—
„	3 1/2 %	—	—
Disconto der Discontocasse	3 1/2 %	—	—
Preis Courant	111 1/2	111	1/4

Druck von Heinrich Klesler in Oldenburg.

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Erscheint wöchentlich drei Mal — Dienstage, Donnerstage und Sonnabends — in 1/2 Bogen groß Quart-Format. Der Vorausbezahlungspreis beträgt für das Quartal 48 Grot. — Auswärtige Bestellungen übernehmen alle Postexpeditionen; hiesige die Redaction und die Buchdruckerei von G. Klesser, Haarenstraße 44. Anzeigen werden die Zeile oder deren Raum mit 1 Groten bezahlt.

IX. Jahrgang.

Sonnabend, den 13. November 1852.

N^o 134.

Deutschland.

Bremen, 8. November. Der hiesige Buchhändler Herr Joh. Kühmann ist wegen der von ihm veranlasseten und verlegten Uebersetzung des Hugo'schen „Napoleon der Kleine“ vergangene Woche vor das Criminalgericht citirt worden, um als Zeuge in der von dem Leipziger Criminalgericht wider den Uebersetzer und Drucker des Werks eingeleiteten Untersuchung vernommen zu werden. — Wie wir vernehmen, ist der Familie Dulon's von dem Kirchenvorstand zu U. L. F. Kirche gestatter, noch ferner, und zwar bis auf Weiteres, die ihr anfänglich nur bis zum Monat October überlassene Amtswohnung Dulon's inne zu behalten. Vor der erwarteten gerichtlichen Entscheidung darüber, ob Dulon aus dem Kirchvermögen eine Entschädigung gewährt werden müsse, wird ohnehin die Neuwahl eines Predigers an U. L. F. Kirche nicht wohl stattfinden können. Von Fräulein Mündermann, erzählt der „Cour. a. d. W.“, werden in diesen Tagen sehr ausführliche und genaue Mittheilungen über den im Mai d. J. gegen sie wegen ihrer Schrift: „Briefe über Bremische Zustände“ eingeleiteten Proceß erscheinen.

Schleswig. Der Vorleserin einer hiesigen Privatschule für Töchter ist in diesen Tagen von dem Schulinspector in Folge höheren Auftrags die Weisung zugegangen, auch in dänischer Sprache unterrichten zu lassen und zwar so, daß denjenigen Schülerinnen, die Französisch und Englisch lernen, eben so viele Stunden im Dänischen zu ertheilen sind. Es scheint somit der dänischen Sprache der Rang als dritte Weltsprache vindicirt zu werden. Wir bezweifeln, daß diese Maßregel, die tief in die Privaterziehung eingreift, besonders geeigneter sein möchte, gesamtstaatliche Sympathien zu erwecken. Wäre übrigens die Sache nicht so ernst, möchte man sich veranlaßt sehen, sie komisch zu finden. Mädchen sollen gezwungen sein, Dänisch zu lernen!

Braunschweig, 8. Nov. Vor einiger Zeit hat man hier den Versuch gemacht, eine Anstalt nach Art des Rauhen Hauses zu gründen, freilich, wie man es ansah, ein todtgebornes Kind. Mit Mühe wurde eine Summe von 250 \mathfrak{R} zusammengebracht. Doch nicht in der Geringfügigkeit der Summe steckte der Todeskeim: Franke und Wichern haben ja mit geringeren Mitteln begonnen. Aber statt an die Spitze der Anstalt eine Persönlichkeit zu stellen, welche mit allen lokalen Verhältnissen und namentlich mit dem nieder-sächsischen und speciell braunschweigischen Cha-

rakter vertraut gewesen wäre, berief man — eine fremde Dame, welche drei Kinder bei sich aufnahm. Man erzählt sich, daß diese nun in allerlei Mißthätigkeiten mit den Müttern der Kleinen gerathen sei, und es scheint über der Anstalt kein rechter Segen zu walten.

Berlin, 9. Nov. Unter den Vorlagen für die nächste Kammeression nennt man auch einen Gesetzentwurf, welcher die Vertretung der in die Kammern berufenen Beamten regelt. Die letzten Wahlen fielen nämlich wieder auf eine große Zahl von Beamten.

Der General v. Wrangel hat seine Dienstgeschäfte wieder angetreten und sein bisheriger Stellvertreter General v. Bussow ist zu seiner Division nach Erfurt zurückgekehrt.

Aus der Provinz **Preußen, 5. Novbr.** Vor mehreren Monaten wurde die freie Gemeinde zu Elbing polizeilich geschlossen; es dauerte lange, bis die gerichtliche Entscheidung erfolgte, und diese fiel zu Gunsten der Gemeinde aus. Hierauf versammelte sich die Gemeinde am 31. October zum ersten Male wieder; sie hatte hierzu den Candidaten der Theologie Tolktsdorff aus Königsberg kommen lassen und wollte denselben als Prediger engagiren; am 1. November früh aber wurde Herr Tolktsdorff von der Elbinger Polizei ausgewiesen und mußte die Stadt ohne Zögern verlassen. — Der Magistrat zu Elbing hatte den reformirten Prediger Faber zum Religionslehrer der dortigen höhern Mädchenschule gewählt; diese Wahl ist von der Danziger Regierung nicht bestätigt worden und zwar, wie man hört, weil es bedenklich erscheine, daß ein reformirter Geistlicher den Religionsunterricht bei einer meistens von evangelischen Schülerinnen besuchten Anstalt ertheile.

Posen, 8. Novbr. Ein Ereigniß von nicht unerheblicher Wichtigkeit bereitet sich in diesem Augenblicke bei uns vornämlich die Auflösung der hiesigen christkatholischen Gemeinde. Derselbe besteht zwar aus vielleicht 400 Köpfen, doch gehören die Leute meist der ärmeren Volksklasse an, und daher kann die Gemeinde aus ökonomischen Gründen sich nicht halten. Wie verlautet, hat sie sich bereits an das Ministerium mit dem Antrage gependet, in corpore zu der evangelischen Kirche überzutreten zu wollen, falls man sie als eigene Gemeinde bestehen zu lassen Willens sei; es soll darauf jedoch eine abschlägige Antwort eingegangen sein. Natürlich hat man gegen den Uebertritt Nichts, doch soll er von den Einzelnen erfolgen, die sich den bestehenden evangelischen Gemeinden einzureihen haben. Ob sie hierauf eingehen werden, ist noch nicht bekannt. Der katholische Clerus ist mit einer solchen Entscheidung jedenfalls sehr zu-

frieden, denn während sonst Alle zur evangelischen Kirche übergetreten wären, werden jetzt unzweifelhaft Viele von ihnen zur Rückkehr in die römische Kirche bewogen werden.

Köln, 9. Nov. Der sogenannte Communistenproceß hat gezeigt, daß der talentvolle Dichter und Uebersetzer Freiligrath nicht in diese Dinge verwickelt war und nur nach England entwich, um einer langen, jetzt schon anderthalbjährigen Untersuchungshaft zu entgehen. Wie sehr er auch in London dem Flüchtlings-Treiben und Leiden fern steht, geht daraus hervor, daß er dort seine alte Stelle in der City wieder angenommen hat und täglich 8 Stunden auf dem Comptoir arbeitet. Daneben setzt er seine literarischen Arbeiten fleißig fort, wovon ein bei Hallberger in Stuttgart erscheinendes Werk schon in diesen Tagen den Beweis liefern wird. Von seinen Gedichten bei Cotta erscheint gleichfalls die dreizehnte Ausgabe. Jede Ausgabe derselben in Miniatur bringt ihm 1000, in Octav 1200 fl. ein. Der Dichter wird nach Deutschland, aber nicht in diese Gegend zurückkehren, und das kann bei einem so bedeutenden Talente nicht gleichgültig sein.

München, 5. Novbr. Es scheint, schreibt man dem „Nürnberger Correspondenten“ aus München, daß wie in Preußen neuerdings auch in Baiern bezüglich der aus der Schweiz kommenden Handwerksburschen strengere Beaufsichtigung anbefohlen worden ist. Einigen solchen ist selbst die Reise durch Baiern untersagt und dieselben sind theils von hier, theils von den Grenzlandgerichten wieder über die Landesgrenze verwiesen worden, nachdem zuvor eine Durchsuchung ihrer Effecten stattgefunden hatte. — Gestern Nachmittag wurde bei dem ehemaligen Herausgeber der „Leuchtkugeln“, Emil Keller, eine polizeiliche Haussuchung gehalten. Außer einigen Centnern alter „Leuchtkugeln“ (Maculatur) soll die Polizei nichts Verdächtiges gefunden haben. Nach einer anderen Correspondenz, hat die Haussuchung noch mehr Literaten, wie es scheint, auf auswärtige Requisition, betroffen, soll jedoch kein Ergebnis geliefert haben.

Oesterreich.

Wien. Man hat hier die Mißhandlung noch nicht vergessen, welche General von Haynau in London erfahren. Wenigstens wird man, wenn keine Deputation österreichischer Officiere bei Wellingtons Leichenbegängniß erscheinen sollte, als formellen Grund dafür angeben, daß man für die Beleidigung, welche die österreichische Armee in einem ihrer hervorragenden Vertreter zu London